

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 30. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (1966)	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XLI
Literaturverzeichnis	XLV
1. Abschnitt. Einführung in das Erbrecht	1
§ 1 Grundbegriffe des Erbrechts	1
A. Begriff des Erbrechts	1
I. Erbrecht im objektiven Sinne	1
1. Tod eines Menschen als Anknüpfung für das Erbrecht	1
2. Erbrecht als Teil des Privatrechts	1
3. Regelung der vermögensrechtlichen Folgen beim Tod	2
II. Erbrecht im subjektiven Sinne	2
1. Herrschaft des Erben über den Nachlass	2
2. Kein Erbrecht vor dem Tod des Erblassers	2
B. Erbfall	3
C. Erblasser	3
D. Erbe	3
I. Bestimmung des Erben	4
II. Erbfähigkeit	4
1. Jede rechtsfähige Person	4
2. Rechtsfähigkeit zur Zeit des Erbfalls	4
E. Erbschaft	6
I. Grundsätze	6
II. Einzelfälle	7
1. Leichnam	7
2. Künstliche Körperteile	7
3. Recht auf Einsichtnahme in Krankenpapiere	8
4. Allgemeines Persönlichkeitsrecht	8
5. Postmortales Persönlichkeitsrecht	9
6. Familienrechte	11
7. Immaterialgüterrechte und gewerbliche Schutzrechte	11
8. Dingliche Rechte	11
9. Schuldrechtliche Ansprüche und Verpflichtungen	11
10. Anwartschaftsrechte	13
11. Digitaler Nachlass	13
§ 2 Grundprinzipien des Erbrechts, verfassungsrechtlicher Schutz und Rechtsquellen	16
A. Grundprinzipien	16
I. Privaterbrecht und Beteiligung des Staates am Erbrecht	16
1. Grundsatz: Privatpersonen als Erben	16
2. Beteiligung des Staates	17
II. Privatautonomie im Erbrecht	17
1. Testierfreiheit des Erblassers	17
2. Ausschlagungsrecht des Erben	18
III. Familienerbfolge	18
IV. Gesamtnachfolge	18
V. Haftung für Nachlassverbindlichkeiten	19
B. Verfassungsrechtlicher Schutz des Privaterbrechts	19
I. Einrichtungsgarantie	19
II. Grundrecht	20

C. Rechtsquellen	21
I. Bürgerliches Gesetzbuch	21
1. 5. Buch des BGB: Erbrecht	21
2. Erbrechtliche Bedeutung des Familienrechts	21
3. Erbrechtliche Bedeutung des Sachenrechts	22
4. Erbrechtliche Bedeutung des Schuldrechts	22
5. Erbrechtliche Bedeutung des Allgemeinen Teils des BGB	23
II. EuErbVO, EGBGB	24
1. Internationales Erbrecht	24
2. Übergangsrecht aus Anlass des Beitritts der ehemaligen DDR	24
III. Lebenspartnerschaftsgesetz	25
IV. Handelsgesetzbuch	25
1. Vererblichkeit der Handelsfirma	25
2. Auswirkungen des Todes eines Gesellschafters auf den Fortbestand einer Personenhandelsgesellschaft	25
V. Anerbengesetze	25
VI. Verfahrensgesetze	26
1. Zivilprozessordnung (ZPO)	26
2. Zwangsversteigerungsgesetz (ZVG)	26
3. Insolvenzordnung (InsO)	26
4. Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)	26
VII. Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz	26
2. Abschnitt. Die Berufung zum Erben	27
1. Kapitel. Gesetzliche Erbfolge	27
§ 3 Das Verhältnis der gesetzlichen zur gewillkürten Erbfolge	27
A. Rangfolge	27
I. Vorrang der gewillkürten Erbfolge	27
1. Aufbau der gesetzlichen Regelung	27
2. Gründe für den Aufbau des Gesetzes	27
3. Anwendungsfälle	28
II. Nebeneinander von gewillkürter und gesetzlicher Erbfolge	28
B. Wirkung der gesetzlichen innerhalb der gewillkürten Erbfolge	28
C. Zusammenfassung	29
§ 4 Das gesetzliche Erbrecht der Verwandten	29
A. Verwandtschaft	30
I. Allgemeines	30
II. Genetische und rechtliche Verwandtschaft	30
1. Auseinanderfallen von rechtlicher und genetischer Verwandtschaft	30
2. Erbrechtliche Behandlung nichtehelicher Kinder	31
III. Verwandtschaft in den Fällen fehlerhafter Ehen	32
1. Nichtehe	32
2. Aufhebbare Ehe	32
B. Prinzipien des Verwandtenerbrechts	32
I. Parentel- oder Ordnungssystem	32
II. Gradualsystem	34
III. Repräsentationssystem mit Eintrittsrecht	35
1. Repräsentationssystem	35
2. Eintrittsrecht	35
IV. Stammes- und Liniensystem	36
1. Stammesystem	36
2. Liniensystem	37
3. Gradualsystem	38
C. Verwandtenerbrecht innerhalb der ersten bis dritten Ordnung	38
I. Erben der ersten Ordnung (§ 1924)	38
II. Erben der zweiten Ordnung (§ 1925)	40
III. Erben der dritten Ordnung (§ 1926)	41

D. Erhöhung des Erbteils (§ 1935)	43
E. Zusammenfassung	44
§ 5 Das gesetzliche Erbrecht des Ehegatten	45
A. Voraussetzungen des Ehegattenerbrechts	46
I. Bestehen der Ehe	46
1. Nichtehe	46
2. Aufhebbare Ehe	46
3. Geschiedene Ehe	46
4. Für tot erklärter Ehegatte	46
II. Ausschluss des Erbrechts trotz Bestehens der Ehe	47
1. Tod des Erblassers während des Scheidungsverfahrens	47
2. Eheaufhebungsantrag	48
B. Umfang des Ehegattenerbrechts	48
I. Ehegatte neben Verwandten der ersten Ordnung	48
II. Ehegatte neben Verwandten der zweiten Ordnung	49
III. Ehegatte neben Verwandten der dritten Ordnung	49
IV. Ehegatte neben Verwandten der vierten oder einer ferneren Ordnung	49
V. Ehegatte als Verwandter des Erblassers	49
C. Einfluss des Güterrechts auf das Ehegattenerbrecht	49
I. Gütertrennung	50
II. Gütergemeinschaft	50
1. Anteil am Gesamtgut	50
2. Sondergut und Vorbehaltsgut	51
III. Zugewinnngemeinschaft	51
D. Anhang: Voraus, Dreißigster, Unterhaltsanspruch der werdenden Mutter	53
E. Zusammenfassung	53
§ 6 Das gesetzliche Erbrecht des Lebenspartners	54
A. Voraussetzungen des Lebenspartnererbrechts	54
I. Voraussetzungen des § 10 I, III LPartG	54
II. Kein Ausschluss nach allgemeinen Regeln	55
B. Umfang des Lebenspartnererbrechts	55
I. Erbquote neben Verwandten des Erblassers	55
II. Einfluss des Güterstandes auf die Erbquote	56
1. Zugewinnngemeinschaft	56
2. Gütertrennung	56
3. Gütergemeinschaft	56
C. Anhang: Voraus des Lebenspartners	56
§ 7 Das gesetzliche Erbrecht des Staates	57
A. Grund der Regelung	57
B. Voraussetzungen	57
I. Materielles Recht	57
1. Kein Verwandter oder Ehegatte des Erblassers vorhanden	57
2. Träger des gesetzlichen Staatserbrechts	58
II. Verfahrensrecht	58
1. Ermittlungen des Nachlassgerichts	58
2. Feststellungsbeschluss des Nachlassgerichts	58
III. Professionelle Erbenermittler	59
C. Folgerungen	59
I. Ausschluss von Rechten	59
1. Kein Ausschlagungsrecht des Staates	59
2. Kein Verzichtrecht des Staates	59
II. Keine Erbnunwürdigkeit	59
III. Kein Ausschluss des gesetzlichen Erbrechts	60
IV. Keine unbeschränkte Erbenhaftung	60
D. Zusammenfassung	60
2. Kapitel. Gewillkürte Erbfolge	61
§ 8 Überblick über die Verfügungen von Todes wegen	61
A. Begriff	61

B. Inhalt und Arten	62
I. Inhalt	62
1. Erbeinsetzung, Enterbung	62
2. Vermächtnisse, Auflagen	62
3. Regeln für die Auseinandersetzung	62
4. Beschränkung des Pflichtteils	63
5. Aufhebung einer Verfügung von Todes wegen	63
6. Anordnung der Zuständigkeit eines Dritten	63
7. Bestimmungen familienrechtlichen Inhalts	63
8. Bestimmungen zu Rechtsgeschäften unter Lebenden	63
II. Arten	64
1. Unterscheidung nach der Bindungswirkung	64
2. Unterscheidung nach der Art und Weise der Errichtung	64
a) Ordentliche Testamente	64
b) Außerordentliche Testamente	64
§ 9 Testierfähigkeit, Testierwille und persönliche Errichtung der Verfügung von Todes wegen	64
A. Testierfähigkeit	65
I. Testierfähigkeit bei der Testamentserrichtung	65
1. Testierfähigkeit Minderjähriger	66
2. Testierfähigkeit Volljähriger	66
II. Testierfähigkeit bei gemeinschaftlichem Testament und Erbvertrag	67
1. Beim gemeinschaftlichen Testament	67
2. Beim Erbvertrag	67
B. Testierwille	67
C. Persönliche Errichtung	68
I. Keine Stellvertretung	68
II. Keine Bestimmung durch Dritte	69
1. Bestimmung über die Geltung der Verfügung von Todes wegen	69
2. Bestimmung der Person des Bedachten und des Gegenstands der Zuwendung	70
D. Errichtung einer Verfügung von Todes wegen nach dem ZGB	72
E. Zusammenfassung	72
§ 10 Das ordentliche öffentliche Testament	73
A. Vorzüge des öffentlichen Testaments	74
B. Gesetzliche Regelung	74
C. Arten des öffentlichen Testaments	74
I. Erklärung gegenüber dem Notar	75
II. Übergabe einer offenen Schrift	75
III. Übergabe einer verschlossenen Schrift	76
IV. Kombination mehrerer Errichtungsarten	76
D. Errichtung des öffentlichen Testaments	76
I. Notar als Urkundsperson	76
1. Örtliche Zuständigkeit	77
2. Ausschlussgründe	77
II. Feststellung der Person und der Testierfähigkeit des Erblassers	77
III. Prüfungs- und Belehrungspflichten des Notars	77
IV. Niederschrift	78
1. Aufnahme und Inhalt der Niederschrift	78
2. Vorlesen, genehmigen und unterschreiben der Niederschrift	78
V. Verschließung und Verwahrung der Niederschrift und Registrierung der Verwahrdaten	78
1. Verschließung	78
2. Amtliche Verwahrung	78
3. Registrierung im Zentralen Testamentsregister (ZTR)	79
E. Sonderfälle	79
F. Notarielles Testament nach dem ZGB	80
G. Zusammenfassung	81
§ 11 Das eigenhändige Testament	81
A. Vorzüge des eigenhändigen Testaments	82
B. Fähigkeit zur Errichtung eines eigenhändigen Testaments	82

C. Form des eigenhändigen Testaments	83
I. Eigenhändige Niederschrift	83
1. Eigenhändig geschriebene und unterschriebene Erklärung	83
2. Unerhebliche Gesichtspunkte	85
II. Unterschrift	85
1. Identitätsfrage	86
2. Abschlussfrage	86
D. Zeit- und Ortsangabe	87
E. Verwahrung	88
F. Eigenhändiges Testament nach dem ZGB	88
G. Zusammenfassung	88
§ 12 Die außerordentlichen Testamente	88
A. Begriff, Bedeutung und Geltungsdauer	89
B. Nottestament vor dem Bürgermeister	90
I. Voraussetzungen	90
1. Todesgefahr	90
2. Absperrung	90
II. Mitwirkende Personen	90
1. Bürgermeister	90
2. Zwei Zeugen	91
III. Errichtung	91
C. Dreizeugentestament	91
I. Voraussetzungen	91
1. Absperrung	91
2. Nahe Todesgefahr	91
II. Mitwirkende Personen	92
III. Errichtung	92
D. Seetestament	92
E. Zusammenfassung	92
§ 13 Der Widerruf des Testaments	93
A. Voraussetzungen	93
B. Ausübung des Widerrufs	94
I. Testament	94
1. Widerrufstestament	94
2. Späteres Testament	94
II. Vernichtung oder Veränderung der Testamentsurkunde	95
III. Rücknahme des öffentlichen Testaments aus der amtlichen Verwahrung	97
C. Widerruf des Widerrufs	97
D. Zusammenfassung	98
§ 14 Der Erbvertrag	98
A. Bedeutung und Begriff	99
I. Bedeutung	99
II. Begriff	100
1. Verfügung von Todes wegen	100
2. Vertrag	101
B. Abschluss	101
I. Geschäftsfähigkeit der Vertragsschließenden	101
II. Vertretung der Vertragsschließenden	101
III. Form des Erbvertrags	101
1. Gleichzeitige Anwesenheit vor dem Notar	101
2. Maßgeblichkeit der Form für alle Vertragsschließenden	101
3. Form bei Erbvertrag mit Ehevertrag	102
IV. Verschließung, Verwahrung, Eröffnung	102
C. Inhalt und Arten	102
I. Inhalt	102
1. Andere Verfügungen als Erbeinsetzungen, Vermächtnisse, Auflagen oder Wahl des anzuwendenden Rechts	102
2. Erbeinsetzungen, Vermächtnisse und Auflagen	103

3. Vertragsmäßige Verfügungen nur bei gewollter Bindungswirkung	103
4. Kombination mit einem anderen Vertrag	104
II. Arten	104
1. Einseitige und zweiseitige Erbverträge	104
2. Entgeltliche und unentgeltliche Erbverträge	105
D. Bindungswirkung	106
I. Einfluss auf frühere und spätere Verfügungen	106
1. Frühere letztwillige Verfügungen	107
2. Spätere Verfügungen von Todes wegen	107
II. Keine Einschränkung bei Verfügungsgeschäften unter Lebenden	108
1. Bereicherungsanspruch des Vertragserben bei beeinträchtigenden Schenkungen des Erblassers	108
2. Ansprüche des vertraglichen Vermächtnisnehmers bei Vereitelung seines Vermächtnisanspruchs in Beeinträchtigungsabsicht	111
E. Ausnahmen von der Bindungswirkung	111
I. Vorbehalt	111
II. Beschränkung in guter Absicht	112
III. Zustimmung des Bedachten	112
F. Beseitigung der Bindungswirkung	112
I. Aufhebung durch die Vertragsparteien	112
1. Aufhebungsvertrag	113
2. Gemeinschaftliches Aufhebungstestament	113
3. Aufhebungstestament mit Zustimmung des Vertragspartners	114
II. Rücktritt	114
1. Rücktrittsgründe	114
2. Rücktrittserklärung	115
3. Rücktrittswirkung	116
4. Aufhebungstestament des Rücktrittsberechtigten	116
III. Anfechtung	117
G. Besonderheiten bei Erbverträgen unter Ehegatten, Verlobten und Lebenspartnern	117
H. Zusammenfassung	118
§ 15 Das gemeinschaftliche Testament von Ehegatten und Lebenspartnern	119
A. Begriff und Bedeutung	120
I. Begriff	120
II. Bedeutung	121
1. Formprivileg	121
2. Bindungswirkung	122
3. Rechtspolitische Bedenken	123
B. Errichtung	123
I. Beschränkung auf Ehegatten und Lebenspartner	123
1. Nur Ehegatten und Lebenspartner als Parteien eines gemeinschaftlichen Testaments	123
2. Bedeutung eines späteren Scheidungs- oder Aufhebungsurteils	123
II. Form	124
1. Öffentliches gemeinschaftliches Testament	124
2. Gemeinschaftliches Nottestament	124
3. Eigenhändiges gemeinschaftliches Testament	125
III. Verwahrung	125
C. Inhalt und Arten	125
I. Inhalt	125
II. Arten	125
1. Testamenta correspectiva	126
2. Testamenta reciproca	126
3. Testamenta mere simultanea	126
D. Gegenseitige Erbeinsetzung (Berliner Testament)	127
I. Auslegungsmöglichkeiten	127
1. Trennungsprinzip	127
2. Einheitsprinzip	128

II. Folgen beim Trennungs- und Einheitsprinzip	129
1. Rechtsstellung des überlebenden Ehegatten	129
2. Rechtsstellung des Dritten	129
3. Rechtsstellung des pflichtteilsberechtigten Dritten	129
III. Auslegung im Einzelfall	131
IV. Auslegung beim Vermächtnis	132
V. Auslegung einer Wiederverheiratungsklausel	132
1. Bei gewollter Vor- und Nacherschaft	132
2. Bei gewollter Vollerbschaft	132
VI. Bewertung des Berliner Testaments	133
E. Wechselbezügliche Verfügungen	133
I. Voraussetzungen	133
1. Ehegatten bedenken sich gegenseitig	134
2. Ein Ehegatte bedenkt den anderen	134
II. Folgen der Wechselbezüglichkeit	135
1. Auswirkung der Nichtigkeit einer Verfügung auf die andere Verfügung	135
2. Auswirkung des Widerrufs einer Verfügung auf die andere Verfügung	136
3. Bindungswirkung nach Annahme der Zuwendung	137
F. Zusammenfassung	138
§ 16 Die Auslegung der Verfügungen von Todes wegen	138
A. Allgemeines zur Auslegung	139
B. Auslegung von Testamenten	140
I. Fehlender Vertrauensschutz	140
II. Auslegung und Anfechtung	141
III. Auslegung und Form	142
IV. Ergänzende Auslegung	143
1. Lückenfeststellung und Lückenausfüllung im Allgemeinen	144
2. Lückenfeststellung und Lückenausfüllung beim Testament	144
3. Testamenterrichtung als maßgeblicher Zeitpunkt	146
4. Ergänzende Auslegung und Formbedürftigkeit	146
V. Wohlwollende Auslegung (§ 2084)	146
VI. Besondere gesetzliche Auslegungsregeln	147
1. Bedeutung	147
2. Regeln zur Bestimmung des Bedachten	147
3. Regeln für bedingte Zuwendungen	149
C. Auslegung von Erbverträgen	153
I. Rechtsgeschäfte unter Lebenden	153
II. Einseitige Verfügungen	153
III. Vertragsmäßig bindende Verfügungen	153
1. Vertragsmäßige Verfügung ohne Verpflichtung zur Gegenleistung: Maßgeblichkeit allein des Erblasserwillens	153
2. Vertragsmäßige Verfügung mit Verpflichtung zu einer Gegenleistung: Maßgeblichkeit auch der Interessen des Vertragspartners	154
3. Ergänzende Auslegung bei lückenhaftem Erbvertrag	154
IV. Gesetzliche Auslegungsregeln	155
D. Auslegung von gemeinschaftlichen Testamenten	155
I. Wechselbezügliche Verfügungen	155
II. Nicht wechselbezügliche Verfügungen	155
III. Gesetzliche Auslegungsregeln	155
E. Zusammenfassung	156
§ 17 Die Anfechtung der Verfügungen von Todes wegen	156
A. Allgemeines zur Anfechtung	157
B. Testamentsanfechtung	157
I. Anfechtungstatbestand	157
1. Vorliegen einer letztwilligen Verfügung	157
2. Auslegung vor Anfechtung	158
3. Anfechtungsgrund	158
4. Ursächlichkeit von Irrtum oder Drohung für die Verfügung	160

5. Keine verständige Würdigung des Falles erforderlich	160
II. Anfechtungsberechtigte	160
1. Keine Anfechtungsberechtigung des Erblassers	160
2. Anfechtungsberechtigung dessen, der vom Wegfall der Verfügung profitiert	160
3. Einschränkung der Anfechtungsberechtigung bei der Irrtumsanfechtung	161
III. Anfechtungserklärung	161
1. Formfreiheit	161
2. Anfechtungsgegner	161
3. Inhalt der Anfechtungserklärung	161
4. Anfechtungsfrist	162
IV. Verlust des Anfechtungsrechts	162
1. Ablauf der gesetzlichen Ausschlussfrist	162
2. Bestätigung	162
V. Wirkung der Anfechtung	163
1. Nichtigkeit der Verfügung ex tunc	163
2. Teilnichtigkeit	163
3. Kein Ersatz des negativen Interesses	163
VI. Gerichtliche Prüfung der Wirkung der Anfechtung	163
1. Grundsätzlich keine Prüfung durch das Nachlassgericht	163
2. Prüfung durch das Nachlassgericht bei Beantragung eines Erbscheins	163
C. Anfechtung des Erbvertrags	165
I. Allgemeines	165
1. Anfechtung anderer Erklärungen als Verfügungen von Todes wegen	165
2. Anfechtung einseitiger Verfügungen von Todes wegen	165
3. Anfechtung vertragsmäßig bindender Verfügungen	165
II. Anfechtungstatbestand	165
III. Anfechtungsberechtigte	165
1. Anfechtungsberechtigung des Erblassers	165
2. Anfechtungsberechtigung dessen, der vom Wegfall der Verfügung profitiert	166
IV. Anfechtungserklärung	166
1. Notarielle Beurkundung	166
2. Anfechtungsgegner	166
V. Anfechtungsfrist	166
VI. Verlust des Anfechtungsrechts	167
VII. Wirkung der Anfechtung	167
VIII. Anhang: Anfechtung des Aufhebungsvertrags	167
D. Anfechtung des gemeinschaftlichen Testaments	167
I. Allgemeines	167
II. Anfechtungsrecht des Erblassers	168
1. Nur bei wechselbezüglichen Verfügungen	168
2. Form, Frist, Anfechtungsgegner	168
3. Wirkung der Anfechtung	168
III. Anfechtungsrecht des Ehegatten/Lebenspartners und Dritter	168
E. Zusammenfassung	169
§ 18 Die Nichtigkeit und Unwirksamkeit der Verfügungen von Todes wegen	170
A. Bedeutung von Nichtigkeit und Unwirksamkeit	171
I. Nichtigkeit	171
II. Unwirksamkeit	171
B. Bewusstes Abweichen von Wille und Erklärung	172
I. Geheimer Vorbehalt	172
II. Nicht ernstliche Willenserklärung	172
III. Scheinerklärung	172
C. Formmangel	173
D. Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot, gegen Grundrechte oder gegen die guten Sitten	173
I. Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot	173
1. § 14 HeimG und entsprechende landesrechtliche Regelungen	174
2. AGG	175
II. Verstoß gegen Grundrechte	176

III. Verstoß gegen die guten Sitten	176
1. Voraussetzungen der Sittenwidrigkeit	176
2. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Sittenwidrigkeit	178
3. Keine Sittenwidrigkeit bei Behindertentestament	178
E. Teilnichtigkeit und Umdeutung	180
I. Teilnichtigkeit	180
1. Beim Testament	180
2. Beim Erbvertrag	180
3. Beim gemeinschaftlichen Testament	180
4. Wirksamkeit bei Ergänzungsvorbehalt	181
II. Umdeutung	181
F. Zusammenfassung	181
3. Kapitel. Ausschluss von der Erbfolge	182
§ 19 Die Enterbung	182
A. Begriff und Bedeutung	182
B. Durchführung und Wirkung	182
I. Durchführung	182
1. Ausschluss von der Erbfolge	182
2. Anderweitige Verteilung des vollständigen Nachlasses	183
3. Verbindung von ausdrücklicher Enterbung und anderweitiger Erbeinsetzung	183
4. Zuwendung des Pflichtteils	183
5. Entziehung des Pflichtteils	183
II. Wirkung	184
1. Keine Erbenstellung des Enterbten	184
2. Im Zweifel keine Erstreckung der Enterbung auf Abkömmlinge	184
3. Keine Auswirkung der Enterbung auf das Pflichtteilsrecht	184
C. Zusammenfassung	184
§ 20 Die Erbnunwürdigkeit	185
A. Bedeutung	185
B. Erbnunwürdigkeitsgründe	186
I. Gesetzliche Tatbestände	186
1. § 2339 I Nr. 1, 1. Fall	186
2. § 2339 I Nr. 1, 2. Fall	186
3. § 2339 I Nr. 2	187
4. § 2339 I Nr. 3	187
5. § 2339 I Nr. 4	188
II. Ausschluss der Erbnunwürdigkeit	188
1. Keine (rechtzeitige) Geltendmachung	188
2. Unwirksamwerden der erbnunwürdig veranlassenen Verfügung vor dem Erbfall	188
3. Unwirksamwerden der erbnunwürdig herbeigeführten Aufhebung der Verfügung vor dem Erbfall	189
4. Verzeihung des Erblässers	189
C. Anfechtungsverfahren	189
I. Anfechtungsklage	189
II. Anfechtungsberechtigung	189
III. Zeitpunkt der Anfechtung	190
D. Wirkungen der erfolgreichen Anfechtung	190
I. Rechtliches Schicksal der Erbschaft	190
II. Rechtsbeziehungen zu Dritten	190
III. Rechtsbeziehungen zwischen dem Erbnunwürdigen und dem neuen Erben	191
E. Anhang: Unwürdigkeit bei Vermächtnis- und Pflichtteilsansprüchen	191
I. Vermächtnisunwürdigkeit	192
1. Geltendmachung durch Anfechtung	192
2. Anfechtungsfrist	192
3. Wirkung der Anfechtung	192
4. Rückabwicklung nach Bereicherungsrecht	192
5. Vermächtnisunwürdigkeit beim „Voraus“ und beim „Dreißigsten“	192
II. Unwürdigkeit bei Pflichtteilsansprüchen	193

F. Zusammenfassung	193
§ 21 Der Erbverzicht	194
A. Begriff und Bedeutung	194
B. Gegenstand des Erbverzichts und Verzichtsberechtigung	195
I. Verzicht auf das gesetzliche Erbrecht	195
1. Verzichtsberechtigte	195
2. Umfang des Erbverzichts	195
3. Verzicht zugunsten eines Dritten	195
4. Auslegung des Verzichts eines Abkömmlings	195
5. Erstreckung des Verzichts auf den ganzen Stamm	196
6. Bedeutung des Verzichts für Zuwendungen durch Verfügung von Todes wegen	196
II. Verzicht auf das Pflichtteilsrecht	196
1. Erstreckung des Verzichts auf den Pflichtteilsanspruch	196
2. Beschränkung des Verzichts auf den Pflichtteilsanspruch	196
III. Verzicht auf Erbeinsetzungen und Vermächtnisse	196
1. Möglichkeit eines Verzichts auf Erbeinsetzungen und Vermächtniszwendungen	196
2. Verzichtsberechtigte	197
3. Erstreckung des Verzichts auf Abkömmlinge des Verzichtenden	197
C. Vereinbarung und Beseitigung des Erbverzichts	197
I. Vereinbarung des Erbverzichts	197
1. Vertrag zwischen dem Verzichtenden und dem Erblasser	197
2. Notarielle Beurkundung	197
3. Geschäftsfähigkeit und Stellvertretung	198
II. Beseitigung des Erbverzichts	198
D. Erbverzicht gegen Abfindung	199
E. Erbverzicht und Insolvenz	200
F. Zusammenfassung	200
§ 22 Die Ausschlagung sowie die Annahme der Erbschaft	201
A. Begriff und Bedeutung der Ausschlagung	201
B. Recht zur Ausschlagung und Verfahren	202
I. Recht zur Ausschlagung	202
1. Ausschlagungsberechtigte	202
2. Kein Ausschlagungsrecht	202
3. Vererblichkeit des Ausschlagungsrechts	202
4. Keine Übertragbarkeit des Ausschlagungsrechts	203
5. Keine Hinderung der Ausschlagung durch Insolvenzverfahren	203
II. Verfahren bei der Ausschlagung	203
1. Ausschlagungserklärung	203
2. Form der Ausschlagung	203
3. Wirksamwerden mit Zugang beim Nachlassgericht	203
4. Stellvertretung bei der Ausschlagung	203
5. Bedingungsfeindlichkeit der Ausschlagung	204
6. Sittenwidrigkeit der Ausschlagung	205
7. Zeitliche Grenzen der Ausschlagung	205
C. Umfang der Ausschlagung	206
I. Ganzer Nachlass oder ein Erbteil	206
1. Grundsatz: Ausschlagung oder Annahme der ganzen Erbschaft	206
2. Ausschlagung des gesetzlichen Erben nur bezüglich der testamentarischen Erbeinsetzung	206
II. Mehrere Erbteile	207
1. Anfall aus demselben Berufungsgrund	207
2. Anfall aus verschiedenen Berufungsgründen	207
D. Rechtsfolgen der Ausschlagung	208
I. Rechtsstellung des Ausschlagenden	208
II. Schicksal des Nachlasses	208
1. Rückwirkender Wegfall der Erbenstellung des Ausschlagenden	208
2. Rechtsstellung des an die Stelle des Ausschlagenden tretenden Erben	208
3. Nachlasssicherung bis zur endgültigen Klärung der Erbfolge	209

E. Annahme der Erbschaft	209
F. Willensmängel bei Annahme und Ausschlagung	210
I. Anfechtungsgründe	210
1. Anfechtungsgründe der §§ 119ff.	210
2. Irrtum im Motiv (§ 2308)	211
3. Irrtum über den Berufungsgrund	211
4. Irrtum bei der Anfechtungserklärung	212
II. Anfechtungserklärung	212
1. Form, Inhalt, Stellvertretung	212
2. Adressat der Anfechtung	212
3. Anfechtungsfrist	212
4. Prüfung der Anfechtung bei einem Streit um die Erbscheinserteilung	213
III. Wirkung der Anfechtung	213
1. Geltung der entgegengesetzten Erklärung	213
2. Schadensersatz nach § 122	213
IV. Anfechtung der Versäumung der Ausschlagungsfrist	213
G. Ausschlagung und Insolvenz	214
H. Zusammenfassung	214
J. Rechtsstellung des vorläufigen Erben	215
I. Gerichtliche Verfahren	215
1. Zwangsvollstreckung durch einen Nachlassgläubiger	215
2. Zwangsvollstreckung durch einen persönlichen Gläubiger des vorläufigen Erben ..	216
3. Tod des Erblassers während des Rechtsstreits	216
4. Tod des Erblassers vor einem Rechtsstreit gegen den Nachlass	217
II. Verpflichtungsgeschäfte	217
1. Verpflichtungsgeschäfte vor späterer Ausschlagung der Erbschaft	217
2. Verpflichtungsgeschäfte vor späterer Annahme der Erbschaft	217
III. Verfügungsgeschäfte	218
1. Annahme der Erbschaft durch Vornahme einer Verfügung	218
2. Verfügungen vor späterer Annahme der Erbschaft	218
3. Verfügungen vor späterer Ausschlagung der Erbschaft	218
IV. Einseitige Rechtsgeschäfte gegenüber dem vorläufigen Erben	218
K. Zusammenfassung	218
3. Abschnitt. Die Anordnungen des Erblassers	221
1. Kapitel. Erbeinsetzung	221
§ 23 Die Bestimmung des Erben	221
A. Begriff der Erbeinsetzung	221
B. Erbeinsetzung als Alleinerbe, nach Bruchteilen sowie unter einer Bedingung oder	
Befristung	223
I. Erbeinsetzung als Alleinerbe	223
II. Erbeinsetzung nach Bruchteilen	223
1. Bruchteile erschöpfen nicht den gesamten Nachlass	224
2. Bruchteile übersteigen den Nachlass	224
3. Einsetzung mehrerer Erben ohne Bestimmung der Bruchteile	224
4. Einsetzung mehrerer Erben mit und ohne Bestimmung von Bruchteilen	224
5. Einsetzung mehrerer Erben auf einen gemeinschaftlichen Bruchteil	225
III. Bedingte und befristete Erbeinsetzung	225
C. Anwachsung	225
I. Bedeutung	225
II. Voraussetzungen	225
1. Wegfall eines eingesetzten Erben	225
2. Anwachsung vom Erblasserwillen gedeckt	226
III. Wirkungen	226
1. Verhältnismäßige Erhöhung der Erbteile	226
2. Verhältnis zwischen dem ursprünglichen und dem angewachsenen Erbeil	226
D. Zusammenfassung	227
§ 24 Die Bestimmung eines Ersatzerben	227

A. Begriff des Ersatzerben	228
B. Voraussetzungen	228
I. Wegfall eines Erben	228
II. Anordnung des Erblassers	229
1. Einsetzung eines Ersatzerben	229
2. Anordnung der Ersatzerbschaft nur für bestimmte Fälle	229
3. Gegenseitige Einsetzung mehrerer Erben als Ersatzerben	229
C. Wirkungen	230
D. Zusammenfassung	230
2. Kapitel. Beschränkung der Erben	230
§ 25 Die Vor- und Nacherbschaft	230
A. Begriff und Bedeutung	232
I. Begriff	232
II. Bedeutung	232
B. Anordnung der Nacherbschaft	232
I. Bestimmung durch Verfügung von Todes wegen	232
II. Auslegung der Verfügung von Todes wegen	233
1. Einsetzung einer beim Erbfall noch nicht gezeugten Person	233
2. Einsetzung als Nacherbe und Ersatzerbschaft	233
3. Abgrenzung zwischen Nacherbschaft und Vermächtnis	234
4. Einsetzung eines Vorerben ohne Nacherben und umgekehrt	234
5. Auslegung der Einsetzung eines Abkömmlings als Vorerben	234
6. Gegenseitige Erbeinsetzung von Ehegatten	235
7. Wegfall eines von mehreren Vorerben	235
8. Einsetzung eines Nacherben unter der auflösenden Bedingung einer anderweitigen Verfügung des Vorerben	235
III. Bestimmung des Eintritts der Nacherbfolge	236
1. Zeitliche Grenze für den Eintritt des Nacherbfalls	236
2. Keine Bestimmung des Nacherbfalls durch den Erblasser	236
C. Rechtsstellung des Nacherben	237
I. Anwartschaftsrecht	237
II. Vererblichkeit des Anwartschaftsrechts	237
III. Verfügung über das Anwartschaftsrecht	238
IV. Vernichtung des Anwartschaftsrechts	238
1. Verzicht des Nacherben	238
2. Ausschlagung durch den Nacherben	239
D. Rechtsstellung des Vorerben	239
I. Verfügungsfreiheit und Verfügungsbeschränkungen	239
1. Grundsatz: Verfügungsfreiheit	239
2. Einschränkungen der Verfügungsfreiheit	239
II. Verpflichtungsgeschäfte des Vorerben	245
III. Verwaltung durch den Vorerben	246
1. Pflicht zur ordnungsmäßigen Verwaltung	246
2. Folgen der Verletzung der Pflicht zur ordnungsmäßigen Verwaltung	246
IV. Prozessführung durch den Vorerben	247
1. Rechtskrafterstreckung auf den Nacherben	247
2. Eintritt des Nacherbfalls während eines Rechtsstreits	248
V. Surrogation	248
E. Folgen des Nacherbfalls	248
I. Anfall der Erbschaft	248
II. Herausgabeanspruch des Nacherben	249
III. Ersatzanspruch des Nacherben	249
1. Schadensersatz wegen Wertverminderung aufgrund nicht ordnungsmäßiger Verwaltung	249
2. Wertersatz wegen eigennütziger Verwendung	250
IV. Anspruch des Nacherben wegen übermäßiger Fruchtziehung	250
V. Gegenansprüche des Vorerben	250
1. Gewöhnliche Erhaltungskosten	250

2. Außergewöhnliche Erhaltungskosten	250
3. Sonstige Verwendungen	251
4. Ordentliche Lasten	251
5. Außerordentliche Lasten	251
VI. Wiederaufleben erloschener Rechte	251
VII. Verfügungen des Vorerben nach Eintritt des Nacherbfalls	252
1. Verfügungen des Vorerben ohne Kenntnis vom Nacherbfall	252
2. Schutz des gutgläubigen Erwerbers	252
VIII. Unterhaltsanspruch der Mutter des Nacherben	252
IX. Haftung des Nacherben	252
F. Besonderheiten der befreiten Vorerbschaft	253
I. Anordnung des Erblassers	253
II. Grenzen der Befreiung	253
III. Folgen der Befreiung	254
1. Beschränkte Herausgabepflicht des befreiten Vorerben	254
2. Schadensersatzpflicht des Vorerben bei unentgeltlichen Verfügungen und bei Beeinträchtigungabsicht	254
G. Zusammenfassung	254
§ 26 Die Testamentsvollstreckung	256
A. Bedeutung	257
B. Voraussetzungen	257
I. Anordnung der Testamentsvollstreckung	257
II. Ernennung des Testamentsvollstreckers	257
1. Ernennung durch den Erblasser	258
2. Ernennung durch einen vom Erblasser ermächtigten Dritten	258
3. Ernennung von Mitvollstreckern oder eines Nachfolgers durch den vom Erblasser ermächtigten Testamentsvollstreckter	258
4. Ernennung durch das Nachlassgericht auf Ersuchen des Erblassers	258
III. Eignung zum Testamentsvollstreckter	259
1. Natürliche und juristische Personen	259
2. Geschäftsfähigkeit	259
IV. Annahme des Amtes	259
C. Dauer der Testamentsvollstreckung und des Testamentsvollstreckeramtes	259
I. Beginn	260
1. Beginn der Testamentsvollstreckung	260
2. Beginn des Testamentsvollstreckeramtes	260
II. Ende	260
1. Ende des Testamentsvollstreckeramtes	260
2. Ende der Testamentsvollstreckung	261
D. Rechtsstellung und Aufgaben des Testamentsvollstreckers	262
I. Rechtsstellung	262
II. Arten der Testamentsvollstreckung und Aufgaben des Testamentsvollstreckers	262
1. Aufgaben bei den verschiedenen Arten der Testamentsvollstreckung	262
2. Erweiterungen und Beschränkungen der Aufgaben durch den Erblasser	263
III. Mehrere Testamentsvollstreckter	264
IV. Testamentsvollstreckung und postmortale Vollmacht	265
E. Verwaltung des Nachlasses durch den Testamentsvollstreckter	265
I. Allgemeines	265
1. Verwaltung des Nachlasses bei der Abwicklungsvollstreckung	265
2. Verwaltung des Nachlasses bei der Verwaltungsvollstreckung	266
3. Besonderheiten bei der Fortführung eines Unternehmens	266
II. Besitz	267
III. Verfügungen	267
1. Grundsatz: Verfügungsbefugnis über Nachlassgegenstände	267
2. Keine Befugnis zu unentgeltlichen Verfügungen	268
IV. Verpflichtungen	268
1. Erkennbares Handeln des Testamentsvollstreckers für den Nachlass	269
2. Berechtigung des Testamentsvollstreckers	269

V. Prozessführung und Zwangsvollstreckung	269
1. Zwangsvollstreckung bei Vorliegen eines Vollstreckungstitels für oder gegen den Erblasser	270
2. Prozessführungsbefugnis bei noch nicht vorliegendem Vollstreckungstitel	270
3. Keine Zwangsvollstreckung durch einen Eigengläubiger des Erben in die der Testamentsvollstreckung unterliegenden Nachlassgegenstände	272
F. Rechtsstellung des Erben während der Testamentsvollstreckung	272
I. Verfügungen	272
II. Verpflichtungen	273
G. Rechtsverhältnis zwischen Erben und Testamentsvollstrecker	273
I. Gesetzliches Schuldverhältnis	273
II. Pflichten des Testamentsvollstreckers	273
1. Mitteilung eines Nachlassverzeichnisses	273
2. Ordnungsmäßige Verwaltung	273
3. Schadensersatz bei schuldhafter Pflichtverletzung	273
4. Zwingender Charakter der Verpflichtungen	274
5. Überlassung von nicht benötigten Nachlassgegenständen	274
III. Rechte des Testamentsvollstreckers	274
H. Zusammenfassung	275
3. Kapitel. Beschwerden der Erben	277
§ 27 Das Vermächtnis	277
A. Begriff	277
B. Beschwerter	279
I. Bestimmung des Beschwerter	279
1. Erben und Vermächtnisnehmer	279
2. Keine Beschwerde sonstiger Beteiligter	280
II. Wegfall des Beschwerter	280
C. Vermächtnisnehmer	280
I. Bedachtenfähigkeit	280
II. Bestimmung des Bedachten	280
1. Bestimmung durch den Erblasser	281
2. Bestimmung durch einen anderen	281
III. Mehrere Bedachte	282
IV. Besondere Vermächtnisnehmer	283
1. Erbe als Vorausvermächtnisnehmer	283
2. Ersatzvermächtnisnehmer	284
3. Nachvermächtnisnehmer	284
D. Gegenstand des Vermächtnisses	285
I. Begriff des Vermögensvorteils	285
1. Unmittelbare Vermögensmehrung	285
2. Mittelbare wirtschaftliche Besserstellung	285
II. Arten der Leistungsgegenstände	285
1. Stückvermächtnis	285
2. Gattungsvermächtnis	286
3. Wahlvermächtnis	287
4. Zweckvermächtnis	287
5. Verschaffungsvermächtnis	288
6. Schuldbefreiungsvermächtnis	288
E. Erwerb des Vermächtnisses	288
I. Anfall	288
1. Mit dem Erbfall	289
2. Bei Eintritt einer aufschiebenden Bedingung	289
3. Mit der Geburt des Bedachten	289
4. Anwartschaftsrecht des Bedachten zwischen Erbfall und Anfall	290
5. Zeitliche Grenze für den Anfall	290
6. Wegfall bei Eintritt einer auflösenden Bedingung/Befristung	290
II. Fälligkeit	290
III. Annahme und Ausschlagung	291

F. Haftung des Beschwerten	291
I. Haftung von Erben	291
1. Haftung des beschwerten Alleinerben	291
2. Haftung bei beschwerten Miterben	292
II. Haftung von Vermächtnisnehmern	292
1. Haftung des beschwerten einzigen Vermächtnisnehmers	292
2. Haftung mehrerer beschwerter Vermächtnisnehmer	293
C. Zusammenfassung	293
§ 28 Die Auflage	295
A. Begriff, Abgrenzung und gesetzliche Regelung	295
I. Begriff	295
1. Anordnung im Testament oder Erbvertrag	295
2. Beschwerter	295
3. Möglicher Inhalt	295
4. Keine notwendige Benennung eines Begünstigten	296
II. Abgrenzung	296
III. Gesetzliche Regelung	296
B. Begünstigter	296
C. Vollziehungsanspruch	297
I. Vollziehungsberechtigte	297
II. Inhalt des Vollziehungsanspruchs	297
III. Entstehung, Fälligkeit und Dauer	298
IV. Durchsetzung	298
D. Unwirksamkeit der Auflage	298
I. Unwirksamkeitsgründe und Folgen	298
II. Unmöglichkeit	298
E. Zusammenfassung	299
4. Abschnitt. Die Miterbengemeinschaft	301
§ 29 Gesamthand und Miterbenanteil	301
A. Allgemeines	301
B. Sondervermögen der Gesamthänder	302
I. Gesamthand	302
II. Selbstständigkeit des Nachlasses	302
1. Keine Verfügungen über einzelne Nachlassgegenstände möglich	302
2. Eintritt der Miterbengemeinschaft in die Rechtsbeziehungen zwischen dem Erblasser und einzelnen Miterben	303
3. Bedeutung der Selbstständigkeit des Nachlasses für die Gegenseitigkeit bei der Aufrechnung	303
4. Selbstständigkeit der Nachlässe bei Beerbung zweier Erblasser	303
III. Erhaltung des Nachlasses	303
1. Surrogationsgrundsatz	303
2. Haftung des Nachlasses für Ersatzansprüche aus schlechter Verwaltung	304
IV. Besonderer Gläubigerschutz	304
C. Verfügung über den Miterbenanteil	304
I. Gegenstand der Verfügung	304
II. Arten der Verfügung	305
1. Übertragung des Anteils	305
2. Dingliche Belastung des Anteils	306
3. Pfändung des Anteils durch Gläubiger des Miterben	306
III. Form	307
1. Notarielle Beurkundung	307
2. Beurkundung von Verpflichtung und Verfügung in einer Urkunde	307
3. Formbedürftigkeit einer Vollmacht	307
IV. Abgrenzung zum Ausscheiden durch Abschichtung	307
D. Vorkaufsrecht der Miterben	308
I. Zweck	308
II. Vorkaufsfall	308

1. Verkauf durch einen Miterben	308
2. Verkauf an einen Dritten	309
3. Gültiger Kaufvertrag	309
III. Berechtigte	310
IV. Verpflichtete	310
V. Ausübung	310
VI. Wirkung	311
VII. Haftung	311
E. Zusammenfassung	312
§ 30 Die Verwaltung des Nachlasses durch die Miterbengemeinschaft	312
A. Grundlinien	313
B. Begriff der Verwaltung	314
C. Innenverhältnis	314
I. Bereiche der Verwaltung	314
1. Gemeinschaftliche und Mehrheitsverwaltung	315
2. Notverwaltung	316
II. Auskunftspflicht	317
III. Aufwendungsersatz	318
1. Aufgrund Auftrags oder Geschäftsführung ohne Auftrag	318
2. Bei Maßnahmen der Notverwaltung	318
IV. Gebrauch	318
V. Früchte	318
VI. Lasten	319
VII. Geltendmachung von Ansprüchen	319
D. Außenverhältnis	319
I. Vertretungsmacht	319
II. Verpflichtungsgeschäfte	320
1. Mitwirkung aller Miterben	320
2. Stimmenmehrheit bei ordnungsmäßiger Verwaltung	320
3. Jeder einzelne Miterbe bei Notverpflichtungsgeschäften	320
III. Verfügungsgeschäfte	321
1. Grundsatz: Zusammenwirken aller Miterben	321
2. Stellvertretung und Genehmigung des Handelns Nichtberechtigter	321
3. Stimmenmehrheit bei Verfügungen zur ordnungsmäßigen Verwaltung	321
4. Jeder einzelne Miterbe bei Notverfügungen	322
5. Erwerbsgeschäfte für den Nachlass	322
IV. Geltendmachung von Nachlassansprüchen	322
1. Jedes Recht auf Leistung	322
2. Ansprüche gegen andere Miterben	323
3. Gerichtliche und außergerichtliche Geltendmachung	323
4. Einziehung in Prozessstandschaft für den Nachlass	323
E. Zusammenfassung	324
§ 31 Die Auseinandersetzung	325
A. Begriff	325
B. Anspruch auf Auseinandersetzung	326
I. Grundsatz	326
II. Ausnahmen	326
1. Vereinbarung der Miterben	326
2. Anordnung des Erblassers	326
3. Unbestimmtheit der Erbteile	327
C. Verfahren der Auseinandersetzung	327
I. Testamentsvollstrecker	327
II. Auseinandersetzungsvertrag	327
III. Vereinigung aller Erbteile	328
IV. Klage auf Auseinandersetzung	328
1. Klage auf Zustimmung zum Auseinandersetzungsplan	328
2. Voraussetzungen eines wirksamen Auseinandersetzungsplans	328
3. Kein gestaltender Eingriff des Richters	328

V. Vermittlungsverfahren	329
VI. Zuweisung durch das Landwirtschaftsgericht	329
D. Auseinandersetzungsregeln	329
I. Auseinandersetzungsanordnungen des Erblassers	329
1. Schuldrechtliche Wirkung	329
2. Abgrenzungsfragen	330
II. Gesetzliche Auseinandersetzungsregeln	331
1. Berichtigung der Nachlassverbindlichkeiten	331
2. Teilung	331
III. Ausgleich von Vorempfängen	332
1. Zweck	332
2. Verpflichtete und Berechtigte	333
3. Auszugleichende Zuwendungen	333
4. Rechtsnatur der Ausgleichung	335
5. Durchführung	335
IV. Ausgleich für besondere Leistungen	336
1. Voraussetzungen	337
2. Durchführung	337
E. Zusammenfassung	338
5. Abschnitt. Das Pflichtteilsrecht	341
§ 32 Das Pflichtteilsrecht	341
A. Bedeutung	343
B. Gläubiger und Schuldner des Pflichtteilsanspruchs	344
I. Gläubiger des Pflichtteilsanspruchs	344
1. Abkömmlinge, Ehegatte, Lebenspartner und Eltern des Erblassers	344
2. Ausschluss von der Erbfolge	345
3. Pflichtteilsberechtigung bei Ausschlagung	345
II. Schuldner des Pflichtteilsanspruchs	345
C. Berechnung des Pflichtteils	345
I. Berechnung der Pflichtteilsquote	345
II. Berechnung des Pflichtteilsbetrages	346
D. Berechnung des Pflichtteils bei Zugewinnngemeinschaft	347
I. Auswirkung des § 1371 I auf den Pflichtteil der Abkömmlinge	347
II. Auswirkung des § 1371 II auf den Pflichtteil des Ehegatten/Lebenspartners	347
III. Regelung des § 1371 III, IV	349
1. Zugewinnausgleich und kleiner Pflichtteil für ausschlagenden Ehegatten	349
2. Pflicht des überlebenden Ehegatten zur Stiefkinderversorgung bei erhöhtem Erbteil	349
E. Schutz gegen Beeinträchtigung des Pflichtteils	349
I. Vervollständigung des Pflichtteils	350
1. Pflichtteilsrestanspruch	350
2. Wahlrecht des Erben zwischen belastetem Erbteil oder Pflichtteil	350
3. Pflichtteilsanspruch bei Zuwendung eines Vermächtnisses	351
II. Anrechnung und Ausgleich	351
1. Anrechnung	351
2. Ausgleich	352
III. Pflichtteilergänzung	355
1. Schenkung des Erblassers an einen Dritten innerhalb der letzten zehn Jahre vor dem Erbfall	355
2. Gleichmäßige Behandlung der Pflichtteilsberechtigten	358
F. Entstehung, Geltendmachung, Auskunftsanspruch und Stundung	360
I. Entstehung	360
II. Geltendmachung	360
III. Auskunftsanspruch	360
IV. Stundung	362
G. Ausschluss des Pflichtteilsrechts	362
I. Verlust des Erbrechts	362

II. Entziehung des Pflichtteils	363
III. Beschränkung in guter Absicht	364
IV. Verjährung	364
H. Verteilung der Pflichtteilslast	365
J. Zusammenfassung	366
6. Abschnitt. Der Schutz des Erben, der Erbschaft und des Rechtsverkehrs	369
§ 33 Der Erbschaftsanspruch	369
A. Einführung	369
B. Gläubiger des Erbschaftsanspruchs	370
C. Schuldner des Erbschaftsanspruchs	370
I. Erbschaftsbesitzer	370
II. Dem Erbschaftsbesitzer gleichstehende Personen	371
III. Kein Erbschaftsbesitzer	372
D. Herausgabepflicht des Erbschaftsbesitzers	372
I. Ursprünglich Erlangtes	373
II. Surrogate	373
III. Nutzungen	373
E. Haftung des Erbschaftsbesitzers	374
I. Unverklagter gutgläubiger Besitzer	374
II. Verklagter Besitzer	374
III. Bösgläubiger Besitzer	375
IV. Deliktischer Besitzer	375
F. Verwendungen des Erbschaftsbesitzers	376
I. Unverklagter gutgläubiger Besitzer	376
II. Verklagter und bösgläubiger Besitzer	377
III. Deliktischer Besitzer	377
G. Auskunftsansprüche	377
I. Anspruch gegen den Erbschaftsbesitzer	377
1. Sinn des Auskunftsanspruchs	377
2. Inhalt des Auskunftsanspruchs	378
3. Klage und Vollstreckung	378
II. Ansprüche gegen sonstige Besitzer von Nachlassgegenständen	379
III. Ansprüche gegen Hausgenossen des Erblassers	379
H. Verjährung und Ersitzung	379
I. Verjährung	380
II. Ersitzung	380
J. Rechtliche Einordnung des Erbschaftsanspruchs	381
K. Konkurrenzen und Prozessuales	381
I. Konkurrenzen	381
II. Prozessuales	382
L. Zusammenfassung	383
§ 34 Ersetzungsgrundsatz im Erbrecht	384
A. Allgemeines	384
B. Einfacher Ersetzungserwerb	385
I. Gesetzliche Fälle	385
II. Umfang	385
III. Wirkung	386
IV. Bedeutung	386
C. Rechtsgeschäftlicher Ersetzungserwerb	386
I. Erwerb mit Mitteln der Erbschaft (Mittelsurrogation)	386
1. Voraussetzungen	386
2. Wirkung	388
3. Bedeutung	388
II. Erwerb mit Beziehung auf den Nachlass	389
1. Voraussetzungen	389
2. Wirkung und Bedeutung	390
D. Ersetzung durch Inventarzuwachs	390

E. Zusammenfassung	390
§ 35 Der Erbschein	391
A. Überblick	392
B. Inhalt und Arten des Erbscheins	393
I. Inhalt des Erbscheins	393
1. Gesamtnachfolge	393
2. Erbteilsgröße	393
3. Beschränkungen	393
4. Andere Angaben	394
II. Erbscheinsarten	394
1. Alleinerbschein (§ 2353, 1. Fall)	394
2. Teilerbschein (§ 2353, 2. Fall)	395
3. Gemeinschaftlicher Erbschein (§ 352a FamFG)	395
4. Gruppenerbschein	395
5. Gemeinschaftlicher Teilerbschein	395
6. Sammlerbschein (zusammengefasster oder vereinigter Erbschein)	396
7. Gegenständig beschränkter Erbschein (§ 352c FamFG)	396
8. Europäisches Nachlasszeugnis (ENZ)	396
C. Rechtswirkungen des Erbscheins	398
I. Vermutung des § 2365	399
1. Umfang der Vermutung	399
2. Wirkung der Vermutung	399
II. Öffentlicher Glaube des Erbscheins (§§ 2366, 2367)	401
1. Erwerbsgeschäfte	402
2. Leistungs- und andere Verfügungsgeschäfte	404
D. Erbscheinsverfahren	404
I. Erteilung des Erbscheins	404
1. Zuständigkeit	404
2. Antragsrecht	405
3. Darlegungspflicht des Antragstellers	405
4. Amtsermittlung	407
5. Entscheidung des Nachlassgerichts	407
II. Unrichtiger Erbschein und Rechtsmittel	408
1. Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Nachlassgerichts	408
2. Einziehung, Kraftloserklärung und Herausgabeanspruch	409
III. Erbscheinsverfahren und Erbrechtsprozess	410
1. Aussetzung	410
2. Bindungswirkungen	410
E. Anhang: Testamentsvollstreckerzeugnis	412
I. Allgemeines	412
II. Inhalt	412
III. Rechtswirkungen des Testamentsvollstreckerzeugnisses	413
1. Vermutung für das Testamentsvollstreckeramt des Bezeichneten	413
2. Erstreckung der Vermutung auf Verpflichtungsgeschäfte	413
IV. Dauer der Zeugniswirkung	413
F. Anhang: Öffentlicher Glaube bei Todeserklärung und Feststellung der Todeszeit	413
G. Zusammenfassung	414
§ 36 Die staatlichen Aufgaben im Erbrecht	414
A. Zuständigkeit und Verfahren des Nachlassgerichts	415
I. Zuständigkeit	415
1. Sachliche Zuständigkeit	415
2. Örtliche Zuständigkeit	415
3. Funktionelle Zuständigkeit	415
4. Internationale Zuständigkeit	415
II. Verfahren	415
B. Eröffnung und Verkündung der Verfügungen von Todes wegen	415
I. Eröffnung von Testamenten	416
1. Zuständigkeit	416

2. Voraussetzungen der Eröffnung	416
3. Eröffnungsverfahren	417
4. Mitteilungen an nicht Erschienene	417
5. Recht auf Einsichtnahme in eine Verfügung von Todes wegen	417
6. Rechtsfolgen der Nichteröffnung	417
II. Eröffnung von gemeinschaftlichen Testamenten	417
III. Eröffnung von Erbverträgen	418
C. Sicherung des Nachlasses durch Nachlasspflegschaft und sonstige Anordnungen	418
I. Voraussetzungen	418
II. Rechtsstellung des Nachlasspflegers	419
D. Zusammenfassung	419
7. Abschnitt. Die Erbenhaftung	421
§ 37 Grundfragen der Erbenhaftung	421
A. Übergang der Schulden	421
B. Haftungssysteme	421
I. Einheit der beiden Vermögensmassen	422
II. Gegenständige Trennung der beiden Vermögensmassen	422
III. Wertmäßige (rechnerische) Trennung	422
C. Interessenlage	422
I. Nachlassgläubiger	422
II. Erbe	423
III. Eigengläubiger des Erben	423
D. Gesetzliche Interessenbewertung	424
I. Verhältnis des Erben zum Nachlassgläubiger	424
1. Grundsatz der unbeschränkten Erbenhaftung	424
2. Grundsatz der beschränkbaren Erbenhaftung	424
3. Verlust des Rechts auf Haftungsbeschränkung	425
II. Stellung des Eigengläubigers	426
E. Arten der Nachlassverbindlichkeiten	426
I. Erblasserschulden	426
II. Erbfallschulden	428
III. Nachlasskostenschulden	428
IV. Nachlasserbenschulden	429
V. Geschäftsverbindlichkeiten	430
1. Handelsgeschäft im Nachlass	430
2. Erblasser als Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft	430
3. Erblasser als Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft	431
F. Zusammenfassung	431
§ 38 Gläubigeraufgebot und Inventarerrichtung	433
A. Aufgebot der Nachlassgläubiger	433
I. Bedeutung	433
II. Verfahren	433
1. Zuständigkeit des Nachlassgerichts	433
2. Antragsberechtigung	434
3. Antrag	434
4. Erlass des Aufgebots	434
5. Anmeldung von Forderungen	434
6. Ausschließungsbeschluss und Rechtsmittel	434
III. Wirkung des Ausschließungsbeschlusses	434
1. Haftungsbeschränkung des Erben auf den Nachlass, Ausschließungseinrede	434
2. Keine Ausschließungseinrede gegenüber Verbindlichkeiten aus Pflichtteilen, Vermächtnissen oder Auflagen	435
3. Überschusshaftung nach den Regeln der ungerechtfertigten Bereicherung	435
4. Duldung der Zwangsvollstreckung, Ersetzungsbefugnis	435
IV. Vom Aufgebotsverfahren nicht betroffene Gläubiger	435
1. Dinglich Berechtigte (§ 1971)	435
2. Pflichtteilsberechtigte, Vermächtnisnehmer, Auflagenbegünstigte (§ 1972)	436

3. Gläubiger, denen der Erbe unbeschränkt haftet (§ 2013 I)	436
B. Gläubigerversäumnis	436
C. Inventarerrichtung	436
I. Begriff	436
II. Bedeutung	437
1. Schutz des Erben	437
2. Interesse der Nachlassgläubiger	437
III. Verfahren	437
1. Freiwillige Inventarerrichtung	437
2. Beantragte Inventarerrichtung	438
3. Eidesstattliche Versicherung des Erben	438
IV. Folge der rechtzeitigen Inventarerrichtung	438
V. Folgen der nicht rechtzeitigen Inventarerrichtung	438
VI. Folgen der Verweigerung der eidesstattlichen Versicherung	440
VII. Inventaruntreue	440
1. Absichtlich unvollständige Inventarangaben	440
2. Aufnahme einer nicht bestehenden Nachlassverbindlichkeit in Benachteiligungsabsicht	440
3. Verweigerung oder Verzögerung der Auskunft bei amtlicher Inventaraufnahme	440
D. Zusammenfassung	441
§ 39 Nachlassverwaltung und Nachlassinsolvenzverfahren	442
A. Gemeinsamkeiten von Nachlassverwaltung und Nachlassinsolvenz	442
I. Trennung der Vermögensmassen	442
1. Bedeutung für Konfusion und Konsolidation	442
2. Bedeutung für die Aufrechnung	443
3. Bedeutung für die Geschäfte des Erben	443
II. Verwalter	445
1. Stellung	445
2. Ernennung, Aufsicht, Vergütung	445
III. Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	446
B. Besonderheiten der Nachlassverwaltung	446
I. Voraussetzungen für die Anordnung der Nachlassverwaltung	446
1. Antrag	446
2. Unmaßgeblichkeit einer die Verfahrenskosten deckenden Masse	447
II. Rechte des Nachlassverwalters	447
III. Pflichten des Nachlassverwalters	448
IV. Ende der Nachlassverwaltung	448
1. Voraussetzungen	448
2. Folgen	448
C. Besonderheiten des Nachlassinsolvenzverfahrens	449
I. Voraussetzungen für die Eröffnung des Nachlassinsolvenzverfahrens	449
1. Antrag	449
2. Eröffnungsgründe	449
II. Folgen der Eröffnung des Nachlassinsolvenzverfahrens	449
1. Insolvenzschuldner	449
2. Insolvenzmasse	449
3. Insolvenzgläubiger	450
4. Insolvenzverwalter	450
III. Ende des Nachlassinsolvenzverfahrens	451
1. Beendigungsgründe	451
2. Folgen	451
D. Zusammenfassung	451
§ 40 Die Einreden des Erben und ihre Bedeutung im Prozess	453
A. Aufschiebende Einreden (§§ 2014–2017)	453
I. Bedeutung der Einreden	453
II. Voraussetzungen der Einreden	454
1. Aufschiebende Einreden	454
2. Ausschluss der Einreden gegenüber bestimmten Gläubigern	454

III. Wirkungen der Einreden	455
1. Im Erkenntnisverfahren	455
2. Im Zwangsvollstreckungsverfahren	455
3. Materiell-rechtliche Wirkung	455
B. Unzulänglichkeitseinreden (§§ 1990–1992)	456
I. Bedeutung der Einreden	456
II. Voraussetzungen der Einreden	456
1. Unzulänglichkeitseinrede im engeren Sinne = Dürtigkeitseinrede	456
2. Überschwerungseinrede	456
3. Sonstige Einredoberechtigte außer dem Erben	457
III. Prozessuale Wirkung der Einreden	457
1. Im Erkenntnisverfahren	457
2. Im Zwangsvollstreckungsverfahren	458
IV. Materielle Wirkung der Einreden	459
1. Bei Berufung auf eine Einrede getrennte Behandlung von Nachlass und Eigenvermögen	459
2. Reihenfolge bei der Gläubigerbefriedigung	459
C. Ausschließungs- und Verschweigungseinrede (§§ 1973, 1974)	460
D. Zusammenfassung	460
§ 41 Die Haftung der Miterben	462
A. Grundzüge	462
I. Haftungsmöglichkeiten und Interessenlage	462
1. Überblick über die Haftungsmöglichkeiten	462
2. Widerstrebende Interessen von Nachlassgläubigern, Eigengläubigern und Erben	462
II. Gesetzliche Interessenbewertung	463
1. Gemeinschaftliche Nachlassverbindlichkeit aller Miterben	463
2. Belastung nur einiger Miterben mit einer Nachlassverbindlichkeit	464
B. Haftung vor der Nachlassteilung	464
I. Haftung bis zur Annahme der Erbschaft	464
II. Haftung zwischen Annahme und Teilung der Erbschaft	464
1. Gesamtschuld- und Gesamthandsklage	464
2. Haftungsbeschränkung	465
C. Haftung nach der Nachlassteilung	466
I. Nachlassteilung	466
II. Gesamtschuldnerische Haftung	467
III. Haftungsbeschränkung	467
1. Allgemeine Regeln der Haftungsbeschränkung	467
2. Teilhaftung der Miterben	467
D. Haftung gegenüber einem Miterben als Nachlassgläubiger	469
I. Vor der Nachlassteilung	469
II. Nach der Nachlassteilung	469
E. Zusammenfassung	470
§ 42 Die Haftung von Vor- und Nacherben	470
A. Haftung vor Eintritt des Nacherbfalls	471
I. Haftung des Vorerben	471
II. Haftung des Nacherben	471
B. Haftung nach Eintritt des Nacherbfalls	471
I. Haftung des Nacherben	471
1. Haftungsgrundlage	471
2. Haftungsbeschränkung	471
3. Haftung im Verhältnis Vorerbe – Nacherbe	472
II. Haftung des Vorerben	472
1. Alleinige Haftung des Vorerben	472
2. Gesamtschuldnerische Haftung neben dem Nacherben	472
3. Subsidiäre Haftung nach dem Nacherben	473
4. Haftungsgegenstand	473
C. Zusammenfassung	473

8. Abschnitt. Zuwendungen auf den Todesfall durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden	475
§ 43 Zuwendungen auf den Todesfall durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden	475
A. Überblick	476
B. Schenkungen auf den Todesfall	476
I. Begriff	476
1. Aufschiebend befristet und auflösend bedingte Schenkung	476
2. Abgrenzung zur Schenkung unter Lebenden	477
II. Vollzogene Schenkung auf den Todesfall	478
1. Voraussetzungen des Vollzugs	478
2. Vollzug ohne Beteiligung eines Mittlers	480
3. Vollzug bei Beteiligung eines Mittlers	481
4. Rechtsfolgen der vollzogenen Schenkung auf den Todesfall	485
III. Nicht vollzogene Schenkung auf den Todesfall	485
1. Voraussetzungen	485
2. Rechtsfolgen	486
C. Verträge zugunsten Dritter auf den Todesfall	487
I. Schuldrechtliche Verträge	487
1. Deckungsverhältnis	488
2. Valutaverhältnis	489
3. Wirkungen gegenüber Erben, Pflichtteilsberechtigten und Nachlassgläubigern	492
II. Verfügungsrechtliche Verträge	493
1. Rechtsprechung: Keine Anwendbarkeit der §§ 328 ff. auf dingliche Rechtsgeschäfte	493
2. HM in der Literatur: Zulässigkeit verfügungsrechtlicher Verträge zugunsten Dritter	493
D. Sonstige Zuwendungen unter Lebenden auf den Todesfall	495
I. Unentgeltliche Rechtsgeschäfte	495
1. Unentgeltliche Rechtsgeschäfte zu Lebzeiten des Erblassers	496
2. Verfügungen von Todes wegen	496
3. Folgen für lebzeitige Zuwendungen auf den Todesfall	496
II. Entgeltliche Rechtsgeschäfte	497
E. Zusammenfassung	497
9. Abschnitt. Der Erbschafts Kauf	499
§ 44 Der Erbschafts Kauf	499
A. Vertragsgegenstand	499
B. Form des Vertrags	500
C. Rechtsbeziehungen zwischen den Vertragspartnern	500
I. Hauptpflichten	500
1. Verpflichtung des verkaufenden Alleinerben	500
2. Verpflichtung eines verkaufenden Miterben	500
3. Verpflichtung des Käufers	501
II. Gefahrübergang und Mängelhaftung	501
1. Gefahrübergang	501
2. Eingeschränkte Mängelhaftung	501
III. Sonstige Folgen	501
1. Angleichung der Rechtsstellung des Käufers an die des Rechtsnachfolgers beim Erbfall	501
2. Verteilung von Nutzungen und Lasten zwischen Verkäufer und Käufer	502
D. Rechtsbeziehungen der Parteien zu den Nachlassgläubigern	502
E. Zusammenfassung	502
10. Abschnitt. Erbrecht und Handels- und Gesellschaftsrecht	505
§ 45 Erbrecht und Handels- und Gesellschaftsrecht	505
A. Fortführung eines Einzelhandelsgeschäfts	505
B. Nachfolge in den Anteil an einer Personengesellschaft (GbR, OHG, KG)	506
I. Gesetzliche Regelung (seit 1.1.2024)	506
1. Tod des Gesellschafters einer GbR	507
2. Tod des persönlich haftenden Gesellschafters einer OHG/KG	507

II. Abweichende gesellschaftsvertragliche Vereinbarungen	507
1. Eintrittsklausel	507
2. Nachfolgeklausel	511
3. Auflösungsklausel	513
III. Rechtslage bis 31. 12.2023	514
1. Tod eines Gesellschafters einer GbR	514
2. Tod eines persönlich haftenden Gesellschafters einer OHG/KG	514
C. Vererbung von Kommanditanteilen und Anteilen an einer Kapitalgesellschaft	515
D. Zusammenfassung	515
11. Abschnitt. Erbschaftsteuerrecht	517
§ 46 Erbschaftsteuerrecht	517
A. Praktische Bedeutung	517
B. Rechtsgrundlagen	518
C. Steuerpflichtige Vorgänge	519
D. Steuerpflichtiger Erwerb	519
I. Bereicherung	519
II. Steuerbefreiungen	520
1. Zugewinnausgleich	520
2. Katalog von steuerfreien Gegenständen	520
3. Betriebsvermögen, land- und forstwirtschaftliches Vermögen sowie Anteile an Kapitalgesellschaften	521
III. Freibeträge	522
1. Allgemeiner Freibetrag	522
2. Besonderer Versorgungsfreibetrag	522
E. Höhe der Erbschaftsteuer	523
I. Bewertung des steuerpflichtigen Erwerbs	523
II. Steuerklasse	523
III. Höhe des Steuersatzes	523
F. Steuerfestsetzung und Erhebung	524
G. Zusammenfassung	525
12. Abschnitt. Das internationale Erbrecht	527
§ 47 Das internationale Erbrecht	527
A. Erbfälle mit Auslandsbezug	527
B. Rechtliche Problematik	528
C. Anwendbares Recht nach deutschem internationales Erbrecht	528
I. Für bis 16.8.2015 eingetretene Erbfälle (Art. 25, 26 EGBGB aF)	528
1. Grundsatz: Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit des Erblassers (Erbstatut)	528
2. Ausnahmen	529
3. Nachlassspaltung	530
4. Beschränkte Rechtswahl bei im Inland belegenem unbeweglichen Vermögen	530
5. Sonderregelung für die Form von Verfügungen von Todes wegen und von Widerrufstestamenten (Formstatut)	530
6. Sonderregelung für die materielle Gültigkeit und Bindungswirkung der Verfügungen von Todes wegen	531
II. Für seit dem 17.8.2015 eingetretene Erbfälle (Art. 20ff. EuErbVO)	532
1. Grundsatz: Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthalt des Erblassers zur Zeit seines Todes	534
2. Rechtswahl	534
3. Sonderregelung für Testamente	535
4. Sonderregelung für Erbverträge	535
5. Rück- und Weiterverweisung sowie weitere Sonderregelungen	535
D. Anhang: Internationale Zuständigkeit deutscher Nachlassgerichte	536
I. Für bis zum 16.8.2015 eingetretene Erbfälle (§ 105 FamFG)	536
II. Für seit dem 17.8.2015 eingetretene Erbfälle (Art. 4 EuErbVO)	537

Anhang: Mustertexte	539
Paragrafenregister	549
Sachverzeichnis	563